

# Länderbericht des US-Außenministeriums zur Lage der Menschenrechte

*Am 28. Februar 2005 gab die Unterstaatssekretärin für globale Angelegenheiten Paula Dobriansky die Veröffentlichung des Menschenrechtsberichts 2004 bekannt.*

Der Gesamtbericht findet sich unter: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/index.htm>

## **Hier folgt eine nicht-autorisierte Übersetzung des Tibet betreffenden Teils:**

Die USA anerkennen die Autonome Region Tibet (TAR) sowie die Autonomen Tibetischen Präfekturen (TAP) und Distrikte in anderen Provinzen als Bestandteile der Volksrepublik China an. Der Bericht des Außenministeriums übernimmt diese Bezeichnungen. Die Erhaltung und Weiterentwicklung des einzigartigen religiösen, kulturellen und sprachlichen Erbes Tibets, sowie der Schutz der grundlegenden Menschenrechte bieten jedoch weiterhin Anlaß zu Besorgnis.

## **Achtung der Unantastbarkeit der Person**

In den tibetischen Gebieten Chinas ist die Menschenrechtsbilanz weiterhin unerfreulich. Eine positive Entwicklung ist jedoch, daß die Regierung einen dritten Besuch der Gesandtschaft des Dalai Lama erlaubte und einige politische Gefangene, wie etwa die tibetisch-buddhistische Nonne Phuntsog Nyidrol, freiließ. Die Regierung behinderte den freien Informationsfluß in allen tibetischen Gebieten und überwachte streng den Zugang zu der TAR, womit sie es erschwerte, das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen richtig einzuschätzen. Die staatlichen Organe begingen weiterhin zahlreiche und schwerste Verstöße gegen die Menschenrechte, dazu gehören Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, Folter, willkürliche Verhaftungen, Inhaftierung ohne öffentlichen Prozeß und langjährige Inhaftierung von Tibetern, die ihre politischen und religiösen Ansichten auf friedliche Weise zum Ausdruck gebracht hatten. Allgemein ist die Unterdrückung der Religionsfreiheit in der TAR nach wie vor gravierend. Die Bedingungen in den außerhalb der TAR gelegenen tibetischen Gebieten waren im allgemeinen weniger restriktiv, obwohl es auch Ausnahmen gab. Personen, denen politischer Aktivismus vorgeworfen wird, wurden weiterhin schikaniert. Es gab Berichte über die Inhaftierung und Mißhandlung mehrerer Nonnen und Mönche, die politischer Aktivitäten beschuldigt werden. In einigen Gegenden wurden die Sicherheitsmaßnahmen an politisch brisanten Jahres- und Festtagen intensiviert. Aktivitäten, die als Vehikel für politischen Dissens angesehen werden, darunter auch die Begehung einer Reihe religiöser Feste, wurden unterdrückt. Aus einigen tibetischen Regionen gab es auch Berichte über politische Proteste kleineren Umfangs.

Da ein unabhängiger Zugang zu Gefangenen oder Gefängnissen nicht gewährt wurde, war es unmöglich, die genaue Zahl der tibetischen politischen Gefangenen zu eruieren und das Ausmaß und den Schweregrad der Mißhandlungen abzuschätzen. Das Tibet Information Network (TIN) schätzt, daß etwa 145 Tibeter aus politischen Gründen inhaftiert sind, wovon zwei Drittel Mönche oder Nonnen sind. Annähernd 60 politische Gefangene sind im TAR-Gefängnis in Lhasa inhaftiert. Die meisten von ihnen verbüßen Strafen wegen "konterrevolutionärer Aktivitäten", einem Straftatbestand, der bei der Neufassung des Strafrechts von 1997 nicht mehr übernommen wurde. Taten, die bisher als konterrevolutionäre Straftaten verfolgt wurden, fallen jetzt nach Aussage der Regierung unter die Kategorie "Anti-Subversionsgesetze". Der TIN-Analyse zufolge ist die Mehrzahl der tibetischen politischen Gefangenen in Lhasa sowie im Westen der Provinz Sichuan inhaftiert, wobei die Gesamtzahl der politischen Gefangenen in den tibetischen Regionen im Vergleich zu 2003 etwas zurückgegangen ist. Eine Ausnahme bilden die autonomen tibetischen Gebiete in der Provinz Sichuan, wo ihre Zahl im Zusammenhang mit einer Reihe von Fällen, die internationale Beachtung fanden, angestiegen ist.

Radio Free Asia (RFA) berichtete im Oktober, daß Polizisten in der Präfektur Golog in der Provinz Qinghai den buddhistischen Geistlichen Shetsul durch einen Schuß töteten, als dieser zusammen mit anderen Mönchen von ihnen verlangte, sie sollten die Behandlungskosten für ihre im Polizeigewahrsam erlittenen Verletzungen übernehmen.

Im Januar berichtete RFA über die Verhaftung der Studenten Nyima Dorjee und Lobsang Dorjee durch die Behörden des Distrikts Tawu, Präfektur Kardze, Provinz Sichuan; sie hatten an Regierungsgebäuden Plakate angebracht, auf denen die Unabhängigkeit Tibets gefordert wurde.

Am 12. Februar wurde Choeden Rinzen, ein junger Mönch aus dem Kloster Ganden, verhaftet, weil er ein Bild des Dalai Lama und eine tibetische Flagge besaß.

Im April berichtete RFA, daß die Behörden in der Präfektur Tsolho in Qinghai den tibetischen Sänger Namkha, sowie den tibetischen Mönch und Komponisten Bakocha festgenommen hätten, weil sie in deren Liedertexten politische Untertöne witterten. CDs mit ihrer Musik sollen beschlagnahmt worden sein. Die Musiker wurden Anfang Mai wieder freigelassen.

Im Mai berichteten die staatlichen chinesischen Medien über die Inhaftierung eines Tibeters mit dem Namen Penpa, der sich eines Sprengstoffanschlags schuldig bekannte, der am 20. Mai in der Nähe eines Fernsehturms bei Lhasa stattfand.

Im September berichtete RFA, daß in der Präfektur Kardze in Sichuan die beiden buddhistischen Mönche Chogri und Topden sowie der Laie Lobsang Tsering zu dreijährigen Haftstrafen verurteilt wurden, weil sie Plakate angebracht hatten, auf denen die Unabhängigkeit gefordert wurde. Die drei sollen zu einer Gruppe von 60 Personen gehört haben, die am 27. Juli während einer religiösen Zeremonie im Kloster Chogri im Distrikt Draggo, Kardze, festgenommen wurden. Zeugen zufolge schlugen die Polizisten auf mehrere von ihnen ein. Es wird vermutet, daß die übrigen Personen noch vor Jahresende freigelassen wurden.

Ebenfalls im September verhafteten die Behörden in der Präfektur Nagchu, TAR, die Tibeter Dejour, Tsering Dawa und Datsok, nachdem diese sich wegen eines Bergbauprojekts mit chinesischen Arbeitern angelegt hatten. Ebenfalls festgenommen wurden Nyima Tenzin und Sonam Nyidup, weil sie durch das Rufen von Unabhängigkeitsparolen in einer Bar gegen die Inhaftierung der Vorgenannten protestiert hatten.

Am 24. Februar entließen die Behörden die buddhistische Nonne Phuntsog Nyidrol ungefähr ein Jahr vor Ablauf ihrer Haftstrafe aus dem auch unter dem Namen Drapchi bekannten Gefängnis der TAR in Lhasa. Sie war zu neun Jahren Haft verurteilt worden, weil sie 1989 an einer friedlichen Demonstration zur Unterstützung des Dalai Lama teilgenommen hatte. Ihre Strafe wurde 1993 auf 17 Jahre verlängert, nachdem sie zusammen mit anderen Nonnen Lieder über ihre Liebe zu Tibet und ihre Verehrung des Dalai Lama aufgenommen hatte. 2001 wurde ihre Strafe um ein Jahr verringert. Wie von Human Rights Watch berichtet, wurde sie selbst nach der Entlassung in ihrer Bewegungsfreiheit und ihren Kontaktmöglichkeiten stark behindert.

Am 18. April entließen die Behörden den Mönch Ngawang Oezer aus dem TAR-Gefängnis, nachdem dieser seine 15-jährige Haftstrafe wegen Beteiligung an Unabhängigkeits-Aktivitäten im Kloster Drepung voll verbüßt hatte.

Im August bestätigten Beobachter die Entlassung der beiden Mönche Kunchok Choephel und Jigme Jamtruk aus dem Kloster Labrang Tashikyil in der Provinz Gansu. Die Mönche waren im April 2003 festgenommen worden, weil man Broschüren mit Reden des Dalai Lama bei ihnen gefunden hatte.

Im Oktober ließen die Behörden Sonam Phuntsog frei, einen Geistlichen aus dem Kloster Dargye im Distrikt Kardze, Präfektur Kardze, Provinz Sichuan. Er war 1999 verhaftet und wegen "Aufhetzung zum Spaltertum" sowie einer Reise nach Indien, um den Dalai Lama zu sehen, und wegen des Abhaltens von Gebetszeremonien für das lange Leben des Dalai Lama zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.

Das ganze Jahr über haben die Behörden alle internationalen Aufrufe zur Untersuchung des Falles von Nyima Dragpa ignoriert. Er war ein Mönch aus dem Kloster Nyatso in der Präfektur Kardze, Provinz Sichuan, der im Oktober 2003 in der Haft gestorben ist. Die vermutliche Todesursache sind die Verletzungen, die ihm durch schwere Schläge zugefügt wurden.

Am 15. Januar verstarb Yeshe Gyatso, früher Mitglied der Chinesischen Konsultativen Volkskonferenz, im Alter von 71 Jahren in seinem Haus in Lhasa. Die Behörden der TAR hatten ihn im Juni 2003 unter der Beschuldigung des Separatismus verhaftet und zu sechs Jahren Haft verurteilt. Im November 2003 wurde er in sehr schlechtem Gesundheitszustand vorzeitig entlassen.

Für den populären religiösen Würdenträger Tenzin Delek Rinpoche, der im April 2002 wegen angeblicher Beteiligung an einer Reihe von Sprengstoffanschlägen verhaftet und mit einem zweijährigen Vollstreckungsaufschub zum Tode verurteilt wurde, stellten die Behörden in Übereinstimmung mit der chinesischen Rechtspraxis eine Umwandlung der Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe in Aussicht. Tenzin Deleks ehemaliger Mitarbeiter Lobsang Dhondup wurde jedoch am 26. Januar 2003 wegen der angeblichen Beteiligung an den Anschlägen hingerichtet, obwohl die chinesische Regierung zugesichert

hatte, daß beide Angeklagte alle Instanzen anrufen könnten und ein Revisionsverfahren vor dem Obersten Volksgerichtshof – der höchsten Gerichtsstanz auf nationaler Ebene – stattfinden würde.

Zahlreiche politische Gefangenen befanden sich zum Jahresende immer noch in Haft, darunter der ehemalige Student Lobsang Tenzin. Er wurde 1988 in Verbindung mit dem Tod eines Polizisten, der während der Unruhen in Lhasa ums Leben kam, verhaftet und verbüßt derzeit eine 18-jährige Haftstrafe im Pome-Gefängnis in der TAR. Der buddhistische Mönch Jigme Gyatso, der 1996 zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er eine tibetische Jugendorganisation gegründet hatte, sitzt im TAR-Gefängnis ein, desgleichen die Bauern Sonam Dorje und Lhundrup Dorje, die 1992 verhaftet und zu 15 bzw. 13 Jahren verurteilt wurden, weil sie eine tibetische Flagge entfaltet und Unabhängigkeitsparolen gerufen hatten. Weiter zu nennen sind die Mönche Kalsang Dondrup und Ngawang Dondrup; beide wurden 2003 wegen "Gefährdung der Staatssicherheit" verurteilt, weil sie gewaltlosen politischen Aktivitäten nachgegangen waren. Der 2002 nach sechseinhalb Jahren Haft entlassene Chadrel Rinpoche, der wegen Weitergabe von Informationen über die Ernennung des Panchen Lama verurteilt worden war, steht Berichten zufolge immer noch in der Nähe von Lhasa unter Hausarrest. Anfragen ausländischer Regierungsvertreter, die ein Treffen mit ihm wünschten, wurden wiederholt abgelehnt.

Wie auch im übrigen China wandte der Sicherheitsapparat beim Umgang mit Inhaftierten Folter und sonstige entwürdigende Maßnahmen an. Glaubwürdigen Aussagen der 2003 freigelassenen Häftlinge zufolge wendeten die Sicherheitskräfte Elektroschocks, lang andauernde Einzelhaft, Haft mit Kontaktsperre, Schläge und andere Arten von Mißhandlung an. Die im Mai 2003 aus Nepal nach China abgeschobenen Tibeter wurden mit Elektroschocks gefoltert, der Kälte ausgesetzt, brutal geschlagen und mußten schwere körperliche Arbeit leisten. Ihre Angehörigen wurden unter Druck gesetzt, damit sie Bestechungsgelder für ihre Freilassung bezahlen. Die Gefangenen wurden regelmäßig auf ihre politische Einstellung geprüft und bestraft, wenn sie den Anschein ungenügender Loyalität dem Staat gegenüber erweckten.

Der Rechtsschutz war für inhaftierte Tibeter derselbe wie im übrigen China und somit unbefriedigend sowohl von der Konzeption her als auch in der Durchführung. Die meisten Richter haben nur eine unzureichende oder gar keine juristische Ausbildung. Die Behörden versuchten diesem Problem Herr zu werden, indem sie vermehrt juristische Ausbildungsgänge anboten. Einem Amtsträger des Höheren Volksgerichtshofs der TAR zufolge haben alle sieben Stadtbezirke und Präfekturen Rechtsberatungszentren eingerichtet, in denen sich bis zum Jahresende insgesamt 1.248 Einwohner haben beraten lassen. Allerdings gab es für mehrere Personen, die politischer oder anderer Verbrechen angeklagt wurden, keinen Rechtsbeistand. Überdies wurden ihre Prozesse nachlässig, und falls sie die Staatssicherheit berührten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Die Gesetze sehen für Verbrechen wie "Gefährdung der Staatssicherheit" und "Spaltung des Landes" Höchststrafen von 15 Jahren pro Anklagepunkt vor, wobei insgesamt 20 Jahre nicht überschritten werden dürfen. Meistens betrafen diese Fälle Handlungen, die als auf die tibetische Unabhängigkeit abzielend wahrgenommen wurden, wobei es keiner Gewalttätigkeit bedurfte, damit die betreffenden Aktivitäten als illegal eingestuft und mit langjährigen Haftstrafen geahndet wurden.

Eine nicht bekannte Anzahl von Tibetern verbüßen Strafen in Lagern für "Umerziehung-durch-Arbeit" oder andere Administrativhaftstrafen, die keiner rechtlichen Überprüfung unterliegen. Die Haftbedingungen in diesen Lagern für Administrativhaftstrafen wie zum Beispiel jenen für "Umerziehung-durch-Arbeit" sind den in den Gefängnissen vorherrschenden sehr ähnlich. Im Juli berichteten die staatlichen Medien über ein neu von den Behörden errichtetes Lager für "Umerziehung-durch-Arbeit" in der Präfektur Ngari im Westen der TAR. Das 40.000 Quadratfuß (= 3.716,12 qm) große Lager kann bis zu 200 Insassen aufnehmen.

Die Zwangsarbeit der Häftlinge in Tibet unterliegt im allgemeinen den gleichen Bedingungen wie im übrigen China. Sie ist in zahlreichen Gefängnissen, Haftzentren und Einrichtungen für "Umerziehung-durch-Arbeit" üblich, des weiteren werden Häftlinge in Fabriken als Zwangsarbeiter eingesetzt. Das Gesetz sieht eine Arbeitszeit von bis zu zwölf Stunden täglich und einen arbeitsfreien Tag alle zwei Wochen vor. Allerdings wurden diese Vorschriften oftmals nicht eingehalten.

Die Richtlinien zur Familienplanung gestehen Tibetern und anderen Minderheiten mehr Kinder zu als den Han-Chinesen. In der Stadt lebenden Tibetern, darunter auch Mitgliedern der Kommunistischen Partei, werden normalerweise zwei Kinder gestattet. Auf dem Land lebende Tibeter werden zur Begrenzung der Kinderzahl auf drei angehalten, jedoch nicht verpflichtet. Diese Vorgaben wurden nicht besonders streng umgesetzt.

Dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) zufolge sind im Lauf des Jahres 2.427 tibetische Flüchtlinge bei der UNHCR-Anlaufstelle in Nepal eingetroffen. 2.338 von ihnen wurden als "relevant" eingestuft, von denen wiederum 2.318 Hilfe vom UNHCR erhielten. Die verbleibenden 89 tibetischen Neuankömmlinge zogen weiter nach Indien, ohne daß ihre Fälle vom UNHCR bearbeitet oder registriert worden wären. Im August ließ ein für Tourismus zuständiger Beamter aus der TAR verlauten, in den ersten acht Monaten des Jahres seien ungefähr 400 Einwohner der TAR ins Ausland gereist – 100 mehr als 2003. Wie viele Tibeter, besonders aus den ländlichen Gegenden berichteten, war es weiterhin schwierig, einen Paß zu bekommen. Die Antragsbearbeitung war in keiner Weise transparent, und Einwohner aus verschiedenen tibetischen Regionen berichteten über Probleme, die von bürokratischer Ineffizienz und Korruption bis zu Ablehnungen wegen der politischen Einstellung oder politischer Aktivitäten der Antragsteller reichten. Wie die Polizei in China mitteilt, sehen die entsprechenden Bestimmungen vor, Personen, deren Ausreise "die nationale Sicherheit oder nationale Interessen schädigen könnte", die Ausstellung eines Passes zu verweigern.

Wegen dieser Schwierigkeiten sowie der Probleme, die viele chinesische Bürger, die zur tibetischen Ethnie gehören, hatten, ein Einreisevisum für Indien zu bekommen, war es für Tibeter schwierig, zu religiösen oder anderen Zwecken nach Indien zu reisen. Die Regierung schränkte die Freizügigkeit von Tibetern während politisch heikler Jahrestage und bei anderen besonderen Anlässen ein und verstärkte dann die Kontrollen in den Grenzgebieten dementsprechend. Dennoch besuchten Tausende von Tibetern aus China, darunter Nonnen und Mönche, Indien, indem sie über Drittländer einreisten, und kehrten nach Beendigung ihres Aufenthalts nach China zurück. Im Februar berichtete RFA, daß es sich bei den meisten der durch Nepal nach Indien reisenden Tibeter um junge Menschen zwischen sechs und dreißig Jahren handle, und daß der Hauptgrund für ihr Verlassen des Landes der Mangel an tibetischsprachigen Bildungseinrichtungen und Gelegenheiten für eine religiöse Ausbildung sei.

Es gab Berichte über willkürliche Verhaftungen, wovon vor allem Mönche bei ihrer Rückkehr aus Nepal betroffen waren. Die Haftdauer betrug in der Regel mehrere Monate, obwohl es in den meisten Fällen zu keiner formalen Anklageerhebung kam. Sowohl im Januar als auch im September gab es Berichte über die Zusammenarbeit der nepalischen Regierung mit den chinesischen Behörden bei der Abschiebung von Tibetern, welche zuvor die Grenze überschritten hatten. Etlichen NGOs zufolge wurde eine Reihe von Personen bei ihrer Rückkehr nach China festgenommen und mißhandelt. So informierte das Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD) über die im Februar erfolgte Verhaftung der beiden Mönche Gedun Tsendue und Jamphel Gyatso, die nach ihren Studien in Indien nach China zurückgekehrt waren und in der Folge vier Monate lang inhaftiert und mit einer Geldstrafe von je 545 US-Dollar (4.500 Yuan) belegt wurden. Im Juli teilte RFA mit, daß die Mönche Tenzin Samten und Thubten Samdup fünf Monate im Nyari-Gefängnis in Shigatse inhaftiert waren, nachdem man sie bei der Überquerung der Grenze von Nepal nach China gefaßt hatte. RFA zufolge wurden die Mönche im Februar zusammen mit zwei weiteren Personen namens Sherab und Ngawang Namgyal verhaftet. Auch die Reisen von Ausländern in die TAR wurden von der Regierung reglementiert. In Übereinstimmung mit einer Bestimmung von 1989 müssen Besucher aus dem Ausland (mit Ausnahme von Hongkong, Macau und Taiwan) eine offizielle Genehmigung bei der chinesischen Regierung einholen, bevor sie in die TAR einreisen dürfen. Die Mehrzahl der Touristen bekam diese Genehmigung automatisch, indem sie Reisen bei offiziell registrierten Agenturen buchte. Im Juli gaben die staatlichen Medien bekannt, ausländische Touristen hätten "uneingeschränkten Zugang zu allen 70 Distrikten der TAR". Die Behörden der TAR konnten diese Änderungen jedoch nicht bestätigen, und Touristen berichteten, daß die meisten der Einschränkungen weiterhin in Kraft seien. Offizielle Besucher der TAR wurden streng überwacht, und Mitglieder solcher Reisegruppen hatten kaum die Möglichkeit, mit Einheimischen zu sprechen, es sei denn die Begegnung wurde zuvor von den Behörden gebilligt. In den meisten tibetischen Gebieten außerhalb der TAR konnten Ausländer frei reisen. Im März hoben die Behörden die Einschränkungen für die letzten vier der bisher unzugänglichen Distrikte in der Präfektur Ngaba in Sichuan auf.

## **Religionsfreiheit**

Insgesamt hat die Repression in den tibetischen Landesteilen nicht abgenommen, und der Regierungsbericht über die Beachtung der Religionsfreiheit ließ für das Jahr zu wünschen übrig. Die Verfassung der Volksrepublik China garantiert Religions- und Glaubensfreiheit, auch im Weißbuch über die "Regionale ethnische Autonomie in Tibet" vom Mai hieß es: "Die Tibeter genießen völlige Religionsfreiheit". Dennoch unterliegen die Andachtsstätten und die Religionsausübung an sich nach wie

vor einer strengen Regierungskontrolle. Die Behörden gestatten zwar etliche traditionelle Formen der religiösen Praxis sowie öffentliche Manifestationen des Glaubens, unterdrücken jedoch umgehend und gewaltsam Aktivitäten, in denen sie ein Vehikel für politischen Dissens oder ein Eintreten für die tibetische Unabhängigkeit wittern, etwa religiöse Aktivitäten, durch die Verehrung für den Dalai Lama (den die chinesische Regierung als "Separatisten" bezeichnet) zum Ausdruck gebracht wird.

Der Umfang der Religionsfreiheit war je nach Region unterschiedlich. In den tibetischen Gebieten außerhalb der TAR war die Lage – mit Ausnahme einiger Teile der Autonomen Präfektur Kardze in Sichuan – zumeist etwas entspannter. Die Mehrzahl der Äbte und Mönche aus tibetischen Gebieten außerhalb der TAR berichtete, sie genossen im Vergleich zu ihren Glaubensgenossen aus der TAR größere Freiheit bei der Religionsausübung, der Lehre und der Verwaltung ihrer klösterlichen Angelegenheiten. Dennoch wurden auch sie reglementiert. Associated Press berichtete im November über ein Treffen kommunistischer Kader mit buddhistischen Würdenträgern in der Provinz Qinghai, bei dem den Geistlichen mit Bestrafung gedroht wurde, falls es ihnen nicht gelingen sollte, unter ihren Anhängern der Politik Pekings gegenüber dem im Exil lebenden Dalai Lama mehr Zustimmung und Gyaltsen Norbu, der von der VR China als Reinkarnation des Panchen Lama eingesetzt wurde, mehr Akzeptanz zu verschaffen. Der Panchen Lama ist der zweithöchste Würdenträger im tibetischen Buddhismus.

Die meisten Tibeter praktizieren den tibetischen Buddhismus, nur eine geringe Anzahl hängen der traditionellen Bön-Religion an. Dies trifft auch auf viele tibetische Behördenvertreter und Mitglieder der Kommunistischen Partei zu. Bön beinhaltet Glaubensvorstellungen und Zeremonien, die auf vorbuddhistische Zeiten zurückgehen, also ehe sich der Buddhismus im 7. Jahrhundert in Tibet verbreitete. 615 tibetisch-buddhistische Lamas haben in den lokalen Volkskongressen und in Komitees der Politischen Konsultativen Konferenz des chinesischen Volkes in der TAR Positionen inne. Dennoch bestand die Regierung weiterhin darauf, daß Parteimitglieder und hochrangige Kader sich an den Parteikodex des Atheismus zu halten haben, außerdem wurden die Kader zur Teilnahme an routinemäßigen Atheismusschulungen verpflichtet. Behördenvertreter bestätigten, daß einige Mitarbeiter des Büros für Religionsangelegenheiten (RAB) Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, und sie betonten, religiöser Glaube sei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei. Dennoch sind einige der niederrangigen RAB-Beamten praktizierende Buddhisten.

Die Sicherheitsmaßnahmen in der TAR wie auch in anderen tibetischen Gebieten wurden um den Geburtstag des Dalai Lama sowie an bedeutsamen Jahres- und Festtagen intensiviert. Im Juni berichteten Beobachter, tibetischen Studenten an der Tibet Universität sei die Teilnahme an religiösen Riten während des Sagadawa-Fests untersagt worden. Auch in diesem Jahr durfte der Geburtstag des Dalai Lama am 6. Juli nicht gefeiert werden. Im August brachten einige Einwohner von Lhasa ihre Unzufriedenheit mit den Plänen der städtischen Behörden, das Datum des Drepung Shodon-Fest aus touristischen Gründen auf den 18. August festzulegen, persönlich zum Ausdruck; traditionell ist es ein dem tibetischen Mondkalender folgendes bewegliches Fest. Dem Vernehmen nach durften die Einwohner der Stadt schließlich doch noch zum traditionellen Zeitpunkt, der eine Woche später lag, ihre Riten abhalten.

Am 23. Mai veröffentlichte die Regierung das Weißbuch "Regionale und ethnische Autonomie in Tibet", in dem der Dalai Lama gedrängt wird, "seine Forderung nach der tibetischen Unabhängigkeit" fallen zu lassen, und in dem deutlich steht, es gebe "keine Möglichkeit zur Einrichtung einer anderen Sozialordnung". Im September sprach die Regierung Einladungen an die Emissäre des Dalai Lama zu einem Besuch in Tibet und anderen Gegenden Chinas aus. Die Delegation besuchte Guangdong, Peking und die tibetischen Gebiete im Westen der Provinz Sichuan. Dies war die dritte Chinareise der Gesandten des Dalai Lama in so vielen Jahren. Im September 2002 reisten Lodi Gyari und Kelsang Gyaltsen, die Vertreter des Dalai Lama in den USA bzw. in Europa, nach Peking, Lhasa und weitere Städte und trafen dort mit einer Reihe chinesischer Regierungsvertreter zusammen. Es handelte sich dabei um die erste formale Kontaktaufnahme zwischen Emissären des Dalai Lama und der chinesischen Regierung seit 1993. Die zweite Reise im Juni 2003 führte sie nach Shanghai, Peking und in die tibetischen Gebiete der Provinz Yunnan, wo sie ebenfalls mit chinesischen Regierungsvertretern zusammentrafen. Auch der ältere Bruder des Dalai Lama Gyalo Thondup reiste im Juli 2002 nach China. Dabei besuchte er zum ersten Mal, seit er Tibet 1959 verlassen hatte, die TAR. Darüber hinaus unternahm er mehrere private Chinareisen. Die Regierung versicherte, die Tür für einen Dialog und für Verhandlungen stehe offen, sofern der Dalai Lama öffentlich bestätige, daß China und Taiwan unabtrennbare Bestandteile Chinas seien.

Einige Offizielle behaupteten, der Besitz oder das Anbringen von Porträts des Dalai Lama sei ja gar nicht verboten. Allerdings scheinen die Behörden den Besitz solcher Fotos bei der Inhaftierung von Bürgern aus politischen Gründen als Zeichen für eine separatistische Einstellung zu werten. In den großen Klöstern werden Bilder des Dalai Lama nicht mehr öffentlich gezeigt, noch werden sie in der TAR zum Verkauf angeboten. Als im August westliche Journalisten die TAR besuchten, erklärte ihnen Wu Jilie, der Vize-Vorsitzende der TAR, bei dem Verzicht auf das Anbringen von Porträts des Dalai Lama handle es sich um eine freiwillige Entscheidung, welche die meisten Einwohner der TAR getroffen hätten. In den tibetischen Gebieten außerhalb der TAR sahen diplomatische Vertreter und andere Beobachter im vergangenen Jahr eine beachtliche Zahl von Fotos einer ganzen Reihe von religiösen Würdenträgern, darunter auch solche, auf denen der Dalai Lama abgebildet war. Fotos des vom Dalai Lama als Panchen Lama anerkannten Knaben Gendun Choekyi Nyima sind von der Regierung weiterhin geächtet. Porträts des "offiziellen" Panchen Lama, Gyaltzen Norbu, werden nur selten öffentlich gezeigt, was höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß die Mehrheit der Tibeter ihn nicht als Panchen Lama anerkennt. Wie Radio Free Asia (RFA) im Februar berichtete, haben die Behörden den Einwohnern zweier Distrikte in der Präfektur Kardze in Sichuan mit dem Verlust ihres Grund und Bodens gedroht, falls sie nicht die in ihrem Besitz befindlichen Porträts des Dalai Lama abliefern. Es liegen keine Berichte darüber vor, ob diese Drohungen umgesetzt wurden. Man hörte allerdings, daß die Behörden von Sichuan im Jahr 2003 in der Autonomen Präfektur Kardze und in Lithang reihenweise Hausdurchsuchungen vorgenommen und dabei privat aufgestellte Bilder des Dalai Lama konfisziert hätten.

Das Weißbuch der Regierung vom Mai besagt, in der TAR gebe es über 46.000 tibetisch-buddhistische Mönche und Nonnen und über 1.700 Stätten für tibetisch-buddhistische Aktivitäten. Seit 1996 geben die Behörden durchwegs dieselben Zahlen an, obwohl die Anzahl der Mönche und Nonnen als Folge der "patriotischen Umerziehungskampagne" und der Ausweisung vieler Mönche und Nonnen aus den Klöstern, die den Dalai Lama nicht kritisieren wollten oder als "politisch unqualifiziert" befunden wurden, an vielen Orten zurückgegangen ist. Die genannten Zahlen betreffen indes nur die TAR, wo die Anzahl von Mönchen und Nonnen streng kontrolliert wird. Nach fundierten Schätzungen leben in den tibetischen Gebieten außerhalb der TAR ungefähr 60.000 tibetisch-buddhistische Mönche und Nonnen.

Die Regierung sieht einen engen Zusammenhang zwischen den buddhistischen Klöstern und Unabhängigkeitsbestrebungen in den tibetischen Gebieten Chinas. Geistliche stießen bei der Wiederherstellung historischer Klöster wegen fehlender Mittel, der allgemeinen Beschränkung der monastischen Ausbildung und des Ausbleibens einer Erlaubnis von der Regierung, religiöse Institutionen aufzubauen und zu betreiben auf große Schwierigkeiten: In einigen Gegenden ziehen diese in den Augen der Offiziellen nämlich nur die Ressourcen der Bevölkerung ab und dienen der tibetischen Exilgemeinschaft als Schleuse zur politischen Infiltration. Die Regierung behauptete indessen, es gebe in den Hauptklöstern keine Begrenzung für die Anzahl an Mönchen und es liege im Ermessen des "Demokratischen Management-Komitees" (DMC) eines jeden Klosters, festzulegen, wie viele Mönche das Kloster aufnehmen könne. Viele dieser Verwaltungsräte werden jedoch von der Regierung kontrolliert, und in der Praxis schränkte die Regierung die Zahl der Mönche in den Hauptklöstern, besonders in der TAR, erheblich ein. Sie behält sich auch das Recht vor, die Bewerbung eines jeden Anwärters auf die religiöse Laufbahn abzulehnen – in der Praxis hat sie im vergangenen Jahr nicht unbedingt Gebrauch von diesem Recht gemacht. Die Behörden schoben auch der traditionellen Gepflogenheit, Knaben zur religiösen Ausbildung ins Kloster zu schicken, einen Riegel vor, indem sie den Klöstern untersagten, Jugendliche unter 18 Jahren zuzulassen. Dennoch führen einige Klöster damit fort, auch jüngere Jungen aufzunehmen, indem sie ihre formelle Registrierung einfach aufschieben, bis diese 18 Jahre alt sind.

Die Regierung wacht genau über das tägliche Geschehen in den größeren Klöstern. Selbst wenn sie nichts zu deren Betriebskosten zuschießt, übt sie durch die DMCs und das örtlich zuständige Amt für religiöse Angelegenheiten ihre Kontrolle über deren Verwaltung aus. Den Bestimmungen gemäß dürfen in den DMCs nur "patriotische und ergebene" Mönche und Nonnen sitzen, wobei alle Mitglieder dieser Räte von den Behörden ausdrücklich genehmigt werden müssen. In manchen Klöstern gehören ihnen sogar Regierungsbeamte an.

Die Befähigung der religiösen Lehrer in der TAR und anderen tibetischen Gebieten läßt zu wünschen übrig, während es kaum noch herausragende Lehrmeister gibt. Viele der guten Lehrer gingen ins Exil, die älteren wurden nicht ersetzt und die wenigen, die in den tibetischen Gebieten außerhalb der TAR noch übrig sind, haben Probleme, eine Lehrerlaubnis für die TAR zu bekommen. In den letzten Jahren begannen die DMCs in einigen großen Klöstern damit, den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten oder die von den Pilgern gemachten Spenden zu anderen Zwecken als dem Unterhalt der Mönche zu

verwenden, die sich nur ihren religiösen Studien widmen. Als Ergebnis hiervon müssen einige der "Gelehrten-Mönche", die bisher ganz vom Kloster unterhalten wurden, nun Tätigkeiten nachgehen, die Geld einbringen. Einige Experten befürchten, daß es folglich in Zukunft noch weniger Mönche geben wird, die wirklich befähigt sind, als Lehrer zu wirken. Während einige Regierungsbeamte auf lokaler Ebene die religiösen Stätten den Touristen mit Erfolg schmackhaft machten und den Klöstern damit etwas Einkommen verschafften, ging auf diese Weise viel Zeit und Energie auf Kosten der religiösen Unterweisung verloren. Es gab Berichte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Kloostervorstehern und Offiziellen wegen Touristenbesuchen, lästigem Fahrzeugverkehr und eine in der Umgebung des Klosters unangemessene Bebauung. Im Juli gestatteten die Behörden zum ersten Mal seit 16 Jahren die Wiederaufnahme der Geshe-Lharampa-Prüfung, dem höchsten religiösen Examen in der Gelugpa-Schulrichtung des tibetischen Buddhismus.

Laut der Aussage von Regierungsbeamten wurde die "patriotische Umerziehungskampagne", die 1996 begann und zumeist aus intensiven wochenlangen Schulungen durch Arbeitsteams von außerhalb bestand, 2000 abgeschlossen. Doch gaben andere Offizielle an, daß Mönche und Nonnen weiterhin regelmäßig an einer politischen Schulung teilzunehmen hätten, die ebenfalls unter dem Namen "patriotische Erziehung" läuft – im allgemeinen bis zu viermal jährlich, aber gelegentlich auch öfter. Einige wichtige religiöse Persönlichkeiten bekleiden auch politische Ämter auf lokaler Ebene. Da die Hauptverantwortung für die Durchführung der politischen Erziehung nun nicht mehr den Kadern, sondern eher den Vorstehern der Klöster obliegt, variieren Form, Inhalt und Häufigkeit der Unterweisungen in den einzelnen Klöstern erheblich. Die Abhaltung solcher Schulungen ist obligatorisch und somit für das Management der Klöster zur Routine geworden.

Im Januar starb Khenpo Jigme Phuntsog, der charismatische Gründer des tibetisch-buddhistischen Instituts Serthar (auch Larung Gar genannt) in der Präfektur Kardze, Provinz Sichuan, während er sich zur Krankenhausbehandlung in der Provinzhauptstadt Chengdu aufhielt. Die 1980 gegründete Institution wuchs und wuchs, bis sie schließlich 10.000 Mönche und Nonnen zählte und die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog. 2001 begannen diese damit, die Baulichkeiten abzureißen und die Studenten von dem Gelände zu vertreiben, bis deren Zahl auf etwa 4.000 gesunken war. Nach einem Jahr Abwesenheit, die offiziell mit medizinischer Behandlung begründet wurde, kehrte Khenpo Jigme Phuntsog 2002 in das Institut zurück. Erneute Konflikte im Mai 2003 mit den Behörden wegen des Wiederaufbaus einiger Behausungen führten zu Festnahmen und der Schließung der Institution für Studenten und Besucher von auswärts. Nach dem Tod des Khenpo (Abt) verboten die Behörden von Sichuan buddhistischen Mönchen der Provinz die Teilnahme an den Bestattungsriten. Augenzeugen berichteten, daß Zehntausende von tibetischen und han-chinesischen Mönchen sich der Order widersetzen, um dem Khenpo ihre letzte Ehre zu erweisen.

Der Karmapa Lama, das Oberhaupt der Karma Kagyu Schulrichtung des tibetischen Buddhismus und einer der einflußreichsten religiösen Gestalten des tibetischen Buddhismus, lebt seit seiner Flucht nach Indien 1999 im Exil. Er sagte, er sei geflohen, weil die Regierung seine Bewegungsfreiheit eingeschränkt hatte und weder ihm die Erlaubnis gab, nach Indien zu reisen, um dort von seinen spirituellen Tutoren unterrichtet zu werden, noch seine Lehrer zu ihm kommen ließ. Besuchern in Tsurphu, dem Stammkloster des Karmapa Lamas, fiel auf, daß die Zahl der Mönche sehr zurückgegangen ist, und sie empfanden die Atmosphäre als gedrückt.

Die Regierung kontrolliert weiterhin den Prozeß der Auffindung und der Heranbildung von reinkarnierten Lamas. Der Panchen Lama ist nach dem Dalai Lama die zweitwichtigste Person im tibetischen Buddhismus. Die Regierung beharrt weiterhin darauf, daß Gyaltsen Norbu, der Junge, den sie 1995 auswählte, die 11. Reinkarnation des Panchen Lama sei. Nach wie vor verweigert sie jeglichen Zugang zu Gendun Choekyi Nyima, den der Dalai Lama 1995 (damals war er 6 Jahre alt) als den 11. Panchen Lama bestätigte, und hält seinen Aufenthaltsort geheim. Regierungsvertreter behaupten, der Junge stehe an einem ungenannten Ort zu seinem eigenen Schutz unter staatlicher Aufsicht und besuche die Schule wie jeder andere "normale Schuljunge". Alle Bitten seitens der internationalen Gemeinschaft, den Jungen besuchen zu dürfen, um sich seines Wohlbefindens zu vergewissern, wurden abgeschlagen. Während die überwältigende Mehrheit der tibetischen Buddhisten den vom Dalai Lama identifizierten Knaben als den Panchen Lama anerkennt, erzählen tibetische Mönche, sie seien gezwungen worden, Erklärungen zu unterschreiben, in denen sie dem von der Regierung ausgewählten Jungen ihre Treue schwören mußten. Die KP verlangte ebenfalls von ihren Mitgliedern, den "offiziellen" Panchen Lama zu unterstützen. Gyaltsen Norbu stattete im Sommer 2004 tibetischen Gebieten, die jetzt zu chinesischen Provinzen gehören, seinen dritten, minutiös vorher geplanten Besuch ab, wobei seine öffentlichen Auftritte von einem großen Aufgebot an Sicherheitspersonal markiert waren.

In ähnlicher Weise wurde das Kind, das die Regierung 2000 als die siebente Reinkarnation des Reting Rinpoche erkor, von vielen Mönchen des Klosters Reting nicht akzeptiert, weil der Dalai Lama die Wahl nicht bestätigt hatte. Der Pawo Rinpoche, der vom Karmapa Lama 1994 erkannt worden war, lebt unter strenger Aufsicht im Kloster Nenang. 2001 berichteten NGOs, der Kontakt zu seinen religiösen Tutoren werde ihm verweigert und er werde gezwungen, eine reguläre chinesische Schule zu besuchen.

Im Juli waren tibetische und chinesische Intellektuelle mit einer Petition erfolgreich, durch die sie verhindern konnten, daß der han-chinesische Sportler Zhang Jian seinen Plan, den Namtso-See in der TAR zu durchschwimmen, in die Tat umsetzte. Vielen tibetischen Buddhisten ist dieser See nämlich heilig.

In ihrem Weißbuch vom Mai behauptete die Regierung, sie habe seit 1949 an die 36 Mio. US\$ (RMB 300 Mio.) beigesteuert, um über 1.400 Klöster zu renovieren und neu zu eröffnen und die Kunstwerke zu restaurieren, von denen viele vor und während der Kulturrevolution zerstört worden waren. Im selben Dokument gibt die Regierung an, seit 2001 zusätzliche 40 Mio. US\$ (RMB 330 Mio.) für die zweite Phase der Renovierung des Potala Palastes ausgegeben zu haben, sowie für die Instandsetzung des Norbulingka Palastes (eine weitere ehemalige Residenz des Dalai Lama in Lhasa) und des Sakya Klosters, dem Stammsitz der Sakya-Schulrichtung des tibetischen Buddhismus in dem ländlichen südlichen Teil der TAR. Trotz dieser und anderer Bemühungen wurden viele Klöster, die während der Kulturrevolution zerstört worden sind, niemals wieder aufgebaut, während andere nur teilweise wiederhergestellt wurden. Die staatliche Bezuschussung der Klosterrestaurierung soll angeblich die religiöse Ausübung begünstigen, doch fördert sie auch die Entwicklung des Tourismus in den von Tibetern bewohnten Gebieten. Einige Restaurierungen wurden in letzter Zeit privat finanziert, obwohl andere religiöse Institutionen im vergangenen Jahr auch staatliche Gelder für Wiederaufbauprojekte erhielten.

## **Wirtschaftliche Entwicklung und Schutz des kulturellen Erbes**

Die TAR ist eine der ärmsten Regionen Chinas, und die Tibeter sind eine der ärmsten Bevölkerungsgruppen; Unterernährung ist in vielen Gebieten der TAR bei tibetischen Kindern eine weitverbreitete Erscheinung. Die Zentralregierung und andere chinesische Provinzen subventionierten die Wirtschaft der TAR in erheblichem Maße. Regierungsstatistiken zufolge nahm der Umfang der Subventionen im vergangenen Jahrzehnt jährlich um mehr als zehn Prozent zu. Über 90 Prozent des Haushalts der TAR kam aus Quellen außerhalb der Region, dabei profitierten ihre Einwohner von einer ganzen Reihe günstiger wirtschaftlicher und steuerlicher Regelungen. Den tibetischen autonomen Gebieten außerhalb der TAR kam in unterschiedlichem Ausmaß eine ähnliche für sie vorteilhafte Politik zugute. Die Entwicklungspolitik der Regierung verhalf den meisten Tibetern zur Anhebung ihres Lebensstandards, vor allem durch die Versorgung mit besseren Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten. Dennoch hatten die Han-Chinesen von den Entwicklungsmaßnahmen der Regierung ungleich mehr als die Tibeter.

Im Juni berichteten die staatlichen Medien, Tibeter und andere ethnische Minderheiten stellten 78 Prozent aller Regierungsangestellten in der TAR. Allerdings haben Han-Chinesen weiterhin die Schlüsselpositionen wie die des Parteisekretärs der TAR inne. In den Regionen außerhalb der TAR verhält es sich ähnlich.

Einige Tibeter berichteten über Diskriminierungen auf dem Beschäftigungssektor bei einigen urbanen Berufszweigen; sie sagten, Han-Chinesen würden bei vielen Tätigkeiten bevorzugt eingestellt und für die gleiche Arbeit besser bezahlt werden. Dieser Umstand wurde teilweise der Gewohnheit der Han-Unternehmer zugeschrieben, Arbeitnehmer über Kontakte in ihren Heimatorten anzuwerben. In den letzten Jahren berichteten Tibeter immer wieder, es sei für sie viel schwieriger als für die Han-Chinesen, die für die Eröffnung eines Geschäfts notwendigen Genehmigungen und Kredite zu bekommen. Die hauptsächliche Verwendung der chinesischen Sprache in den urbanen Regionen und in der Geschäftswelt ist ein weiteres Hindernis für Tibeter, die kein Chinesisch sprechen, eine Beschäftigung zu finden.

Die von der Internationalen Arbeitsorganisation anerkannten grundlegenden Rechte von Beschäftigten, (wie das Recht sich gewerkschaftlich zu organisieren und gemeinsam Forderungen zu stellen), die den Arbeitnehmern im übrigen China weitgehend verweigert werden, wurden ihnen in den tibetischen Gebieten auch nicht zugestanden.



Der chinesischen Volkszählung von 2000 zufolge beträgt die tibetische Bevölkerung der TAR 2.427.168 Personen. In den autonomen Präfekturen und Distrikten außerhalb der TAR sind es 2.927.372 Tibeter. Es heißt, diese würden 94 Prozent der Einwohner der TAR ausmachen. Die von der Regierung geförderte Entwicklung und die Aussicht auf neue wirtschaftliche Möglichkeiten zogen zahlreiche Wanderarbeiter von der großen Masse der umherziehenden chinesischen Arbeitslosen in die Region, was zu einem Anstieg des nicht-tibetischen Bevölkerungsanteils (vorwiegend chinesische Hui-Moslems und Han-Chinesen) von vier Prozent im Jahr 1990 auf sechs Prozent im Jahr 2000 führte. Diese Zensus-Daten beinhalten allerdings nicht die große Anzahl von für längere Zeit in Tibet ansässigen Han-Chinesen, wie Kadern, ausgebildeten Arbeitskräften, ungelerten Arbeitern, Militärs oder Paramilitärs und ihre Angehörigen. In den außerhalb der TAR gelegenen tibetischen Gebieten konnten die Tibeter ihren Mehrheitsanteil etwas vergrößern, da ihr natürliches Bevölkerungswachstum die Zuwanderung von Nicht-Tibetern zahlenmäßig übertraf. Die Migration in die TAR konzentrierte sich auf die Städte und Kleinstädte, während die Tibeter weiterhin annähernd 98 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande ausmachen. Eine offizielle Schätzung setzt als Zahl für die han-chinesischen Einwohner in Lhasa 100.000 bei einer Gesamtbevölkerung von 409.500 an, während Beobachter davon ausgehen, daß mehr als die Hälfte der Einwohner von Lhasa Han-Chinesen sind. Kleine, von Han-Chinesen oder Hui-Migranten betriebene Geschäfte – zumeist Restaurants oder Einzelhandelsläden – dominieren in den Städten des tibetischen Siedlungsraums.

Der Dalai Lama, Tibet-Experten und andere Beobachter äußerten starke Bedenken, daß die Entwicklungsprojekte sowie andere politische Maßnahmen, die 1994 von der Zentralregierung konzipiert und bei der "Vierten Arbeitskonferenz zu Tibet" 2001 ausgeweitet wurden – hier sei beispielsweise die Tibet-Qinghai-Eisenbahn genannt – zu einem enormen Zustrom von Han-Chinesen, Hui und anderen ethnischen Gruppen in die TAR führen könnten. Sie befürchten, daß die traditionelle Kultur der TAR und die Tibeter, die demographisch gesehen noch dominieren, von einer derartigen Migrationsbewegung überrannt werden könnten.

Das rapide wirtschaftliche Wachstum, die expandierende Tourismus-Industrie und das Eindringen moderner kultureller Einflüsse haben zur Auflösung der traditionellen Lebensformen und Gebräuche geführt und stellen eine Bedrohung für die traditionelle tibetische Kultur dar. Die kulturelle Präsenz der Chinesen in Lhasa ist überall vorhanden, was sofort ins Auge sticht. Noch nicht einmal bei der Bewahrung ihres kulturellen Erbes wird den Einheimischen eine Rolle zugestanden.

Auf einer im Februar aus China herausgeschmuggelten Tonbandkassette, die wahrscheinlich von tibetischen Arbeitern aufgenommen wurde, heißt es, die chinesischen Behörden gingen bei der Renovierung des Potala-Palastes falsch vor und trafen kulturell nicht vertretbare architektonische Entscheidungen. Im Dezember kündigte der zweite Bürgermeister von Lhasa, Ou Guoxiang, Pläne an, Lhasa ein "tibetischeres Aussehen" zu verleihen, indem die entlang den Hauptstraßen gelegenen Gebäude renoviert werden sollen. Wie er sagt, stelle dieses Projekt die Antwort auf die bei der Konferenz des UNESCO-Welterbe-Komitees im Juni-Juli 2003 im Hinblick auf die Entwicklungsplanung für Lhasa vorgetragenen Bedenken dar.

Sowohl Tibetisch als auch Chinesisch sind offizielle Sprachen in der TAR, und finden beide auf öffentlichen und kommerziellen Schildern Verwendung. Allgemein wird jedoch Chinesisch gesprochen, und der Großteil der geschäftlichen und offiziellen Kommunikation wird in dieser Sprache abgewickelt. Die Dominanz des Chinesischen in Regierung, Kommerz und auf dem akademischen Sektor läßt vielen jungen Tibetern, die vorankommen möchten, kaum eine andere Wahl als statt der tibetischen die chinesische Sprache zu gebrauchen.

Die staatlichen Medien berichteten, daß in der TAR im Jahr 2003 zweiundneunzig Prozent der schulpflichtigen Kinder eine Grundschule und 61 Prozent eine Mittelschule besuchten, und daß 80 Prozent der Distrikte in der TAR die sechsjährige Grundschulpflicht eingeführt haben und 17 Prozent sogar neun Pflichtschuljahre aufweisen. Tatsächlich verhält es sich jedoch so, daß viele Schüler in ländlichen und Nomadengegenden höchstens ein bis drei Jahre zur Schule gehen. Offiziellen Statistiken zufolge liegt die Rate der Analphabeten bei den in der TAR lebenden tibetischen Jugendlichen und Erwachsenen mittleren Alters bei 37 Prozent; einige Beobachter gehen jedoch von einem wesentlich höheren Anteil in manchen Gegenden aus.

Die Regierung hat einen umfassenden tibetisch-sprachigen Lehrplan verfaßt, und viele Grundschulen in den tibetischen Regionen verwenden Tibetisch als Unterrichtssprache. Dennoch wurde auch von den tibetischen Schülern gefordert, daß sie die chinesische Sprache erlernten; bestimmte Fächer wie Rechnen wurden im allgemeinen auf Chinesisch unterrichtet, während han-chinesische Schüler in den

tibetischen Gebieten die Möglichkeit hatten, Mittelschulen mit ausschließlich Chinesisch als Unterrichtssprache zu besuchen. In den Mittel- und Oberschulen – auch in einigen offiziell als “tibetisch” ausgewiesenen – sprachen die Lehrkräfte häufig nur im tibetischen Sprach-, Literatur- und Kulturunterricht Tibetisch und hielten die übrigen Klassen auf Chinesisch ab. Die Beherrschung der chinesischen Sprache ist für den höheren Bildungsweg praktisch unerlässlich. An prestigeträchtigen chinesischen Universitäten wird ausschließlich auf Chinesisch gelehrt, während die speziell für Minderheiten eingerichteten und zweitrangigen Universitäten lediglich spezielle Studiengänge in Tibetisch anbieten. Generell war es leichter, in der TAR einen Platz in einer tibetischen Mittelschule zu bekommen, während die Chancen, auf privat finanzierte tibetischsprachige Schulen zu gehen oder eine traditionelle religiöse Erziehung in tibetischer Sprache zu erhalten, in den tibetischen Gebieten außerhalb der TAR größer waren.

Die Behörden in allen tibetischen Gebieten verpflichteten Professoren und Studenten sowie Studenten an höheren Bildungseinrichtungen, an politischen Schulungen teilzunehmen, außerdem wurden die eigentlichen Studienkurse und das Lehrmaterial eingeschränkt, um vermeintlich separatistische politische oder religiöse Aktivitäten auf dem Campus zu verhindern. Die Regierung kontrolliert Lehrpläne, Studententexte und andere Lernmittel.

Bei der Mitwirkung von Frauen am politischen System gab es keine formellen Beschränkungen; und Frauen hatten zahlreiche Positionen auf der unteren und mittleren Verwaltungsebene inne. Allerdings waren sie, ebenso wie im übrigen China, auf Provinz- und Präfektorebene an den entscheidenden Stellen unterrepräsentiert.

Ähnlich wie überall sonst im Land bildet die Prostitution auch in den tibetischen Gebieten ein stetig wachsendes Problem. In Lhasa werden Hunderte von Bordellen relativ offen betrieben. Allein in dieser Stadt gehen an die 10.000 „Sex-Arbeiterinnen“ ihrem Gewerbe nach. Mancherorts findet die Prostitution in Räumen statt, die sich im Besitz der Partei, der Regierung oder des Militärs befinden. Die meisten Prostituierten in der TAR sind Han-Chinesinnen, die hauptsächlich aus Sichuan kommen. Aber auch einige junge Tibeterinnen, zumeist aus ländlichen oder Nomadengegenden, arbeiten als Prostituierte. Über die Verbreitung von HIV/AIDS unter den Prostituierten in den tibetischen Siedlungsgebieten ist nichts bekannt; allerdings lassen Unkenntnis über die Übertragung von HIV und der auf den Prostituierten lastende wirtschaftliche Druck, der sie zu ungeschütztem Sex verleitet, einen Anstieg bei der HIV-Infektionsrate wahrscheinlich erscheinen.

Das Amt für Tourismus der TAR hielt weiterhin an seiner Politik fest, die Einstellung von tibetischen *tour guides*, die in Indien oder Nepal ausgebildet wurden, abzulehnen. Regierungsleute erklärten, daß alle *tour guides*, die in der TAR arbeiten wollten, eine Anstellung beim Amt für Tourismus zu beantragen und für die Lizenz eine Prüfung über Tourismus und politische Ideologie abzulegen hätten. Der erklärte Zweck der Regierung war dabei, sicherzustellen, daß alle *tour guides* den Besuchern die Position der Regierung vortragen, also eine gegenteilige Meinung zur tibetischen Unabhängigkeit und den Aktivitäten des Dalai Lama. Das Monopol des Amts für Tourismus erstreckte sich nicht auf die tibetischen Gebiete außerhalb der TAR, und es heißt, einige der im Ausland ausgebildeten *tour guides* seien in diese Regionen gegangen, um dort nach einer Anstellung zu suchen.

Der tibetischsprachige Nachrichtendienst von *Voice of America* und *Radio Free Asia*, sowie die in Oslo ansässige *Voice of Tibet*, wurden von derselben Blockade ihrer Frequenzen ereilt wie ihre chinesischsprachigen Dienste. Die Tibeter konnten wenigstens zeitweise die Sendungen hören. Anders als 2003 gab es keine Berichte, daß Tibeter eingeschüchtert worden wären oder Geldstrafen hätten bezahlen müssen, weil sie ausländische Sendungen anhörten.

Im Februar berichtete TIN, daß die Behörden in der TAR das Buch der tibetischen Schriftstellerin Oser “Notizen zu Tibet” wegen seines politisch brisanten Inhalts verboten hätten. Im März berichtete RFA, daß die Behörden in der Fernsehstation TV 3 von Lhasa obligatorische Kurse in politischer Erziehung eingeführt hätten, weil dort ein Programm ausgestrahlt worden war, in dem kurz eine tibetische Nationalflagge auftauchte. Der Leiter des Senders habe seinen Posten verloren.

Obwohl sich die Regierung in den letzten Jahren bemühte, einige der Baulichkeiten und andere Aspekte des tibetischen Buddhismus und der tibetischen Kultur, die während der Kulturrevolution zerstört worden waren, wiederherzustellen, wurden die grundlegenden Freiheiten der Tibeter weiterhin durch repressive soziale und politische Kontrollmechanismen eingeschränkt, wodurch das einzigartige kulturelle, religiöse und linguistische Erbe Tibets förmlich untergraben wird.